

Gesundheits- und Spitalswesen

Gesundheitswesen (MA 15)

Die Tätigkeitsbereiche der MA 15 wurden von 23 Referaten und 19 Bezirksgesundheitsämtern (zusammengefasst in 6 Dezernaten) und 4 Stabsstellen durchgeführt. Mit Stand 31. Dezember 2001 waren insgesamt 832 Bedienstete (335 männliche und 607 weibliche, davon 297 Ärzte) beschäftigt. Im Berichtsjahr 2001 konnten die Stabsstellen weitere Schritte zur Umsetzung des New Public Management setzen: Implementierung des Mitarbeiterorientierungsgesprächs auf allen Ebenen, Teleworking bei zwei MitarbeiterInnen, Kosten- und Leistungsrechnung auf der Basis SAP.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde erstmals gemeinsam mit der Ärztekammer für Wien der **Gesundheitspass** neu entwickelt und mit einer Auflage von 200.000 Stück ohne Mehrkosten aufgelegt. Die bilaterale Zusammenarbeit mit Bratislava im Rahmen der **Städte-Netzwerk-Kooperation** wurde durch zwei Symposien (Patientenrechte, Frauengesundheit) intensiviert.

Behördliche Aufgaben

- Die Legionärskrankheit und Masern wurden einer Meldpflicht nach dem Epidemiegesetz unterworfen. Die Anzahl der gemeldeten **Infektionskrankheiten** (außer Tbc und Geschlechtskrankheiten) ist insgesamt leicht angestiegen (2000: 2.741, 2001: 2.862). Die Zahl der bakteriellen Meningitiden, bakteriellen Lebensmittelvergiftungen und Malariafälle ist angestiegen, die Zahl der an Hepatitis A Erkrankten ist gefallen.
- Im Rahmen des **Wiener Impfkonzepts** wurde ein neuer Kombinationsimpfstoff in das Impfprogramm aufgenommen (Diphtherie-Tetanus-Pertussis-Polio Salk-Hepatitis B-Haemophilus influenzae b – Impfstoff).
- In der **Desinfektionsanstalt** wurden insgesamt 10.101 Desinfektionen einschließlich Entlausungen und Entwesungen durchgeführt. Die Anzahl der Kopfentlausungen ist im Vergleich zum Vorjahr um weitere 1.794 angestiegen (Anstieg um 34 %).
- Im Zusammenhang mit der **Tuberkulosebekämpfung** waren rund 450.000 Personenkontakte erforderlich.
- Der epidemiologische Trend der **sexuell übertragbaren Krankheiten** war weiterhin steigend. Die Syphilis nahm um 29,5%, die Gonorrhoe um 41% gegenüber dem Vorjahr zu. Das STD (Sexually transmitted diseases) - Ambulatorium reagierte darauf mit verstärkter STD-Aufklärungsarbeit durch Streetwork. Die wichtigste medizinische Neuerung stellt die Etablierung einer umfassenden Syphilisdiagnostik im mikrobiologischen Labor des STD-Ambulatoriums dar.
- Im Rahmen der sanitären **Aufsicht über Krankenanstalten und Sanitätsberufe** wurden vor allem Überprüfungen von Krankenanstalten durchgeführt.

- In der MA 15 erfolgt die Ausgabe bzw. der Versand der **Suchtgiftrezeptformulare** für verschreibende Ärzte in ganz Wien, wobei im Berichtsjahr 52.389 Dauerverschreibungen und 61.600 Suchtgiftrezeptformulare ausgegeben wurden.
- Der **2-semesterige Physikatskurs** wurde organisiert. Für die **Ausbildungen in den medizinischen Gesundheitsberufen** wurden 334 Kommissionstermine (Prüfungs- bzw. Aufnahmekommissionen) an 91 Ausbildungsstätten wahrgenommen. 1.918 Personen haben eine Ausbildung abgeschlossen.

Rechtsangelegenheiten

Schwerpunkte der Tätigkeit auf dem Gebiet **Sanitätsrecht** waren Verfahren nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz, dem Arbeitnehmerschutzgesetz, dem Strahlenschutzgesetz, dem Apothekengesetz, dem Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz und dem Wiener Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetz, Berufungsverfahren und sonstige Ärzteangelegenheiten nach dem Ärztegesetz 1998, Verfahren betreffend die Aufsichtspflicht über die Ärztekammer für Wien, Verfahren betreffend Krankenpflegepersonen, Hebammen und Dentisten, Ausarbeitung von Stellungnahmen und Berichten sowie die Begutachtung und Ausarbeitung von Gesetz- und Verordnungsentwürfen. Besonders aufwändig waren die Arbeiten im Zusammenhang mit der Begutachtung des Verwaltungsreformgesetzes 2001, der 2. Ärztegesetz-Novelle, des Entwurfes für ein Heilmasseurgesetz und des Sanitättergesetzes samt dem im Zuge der Begutachtung des Sanitättergesetzes



Die Amtsführende Stadträtin für Gesundheits- und Spitalswesen Prim. Dr. Elisabeth Pittermann-Höcker und Ärztekammerpräsident Prim. Dr. Walter Dorner präsentieren den neu konzipierten Gesundheitspass der Stadt Wien, der zu einem „ständigen Begleiter für alle Fälle“ werden soll.

ausgelösten Konsultationsmechanismus. Folgende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe wurden ausgearbeitet:

Novelle zum Wiener Krankenanstaltengesetz

Inhalt dieser Novelle ist die Ausführung von Grundsatzbestimmungen des Krankenanstaltengesetzes des Bundes sowie Anpassungen im Zusammenhang mit der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung und der anonymen Geburt. Die interne Begutachtung wurde Ende 2001 abgeschlossen.

Wiener Rettungsgesetz

In Zusammenarbeit mit den bestehenden Rettungsorganisationen wurde ein Entwurf für ein neues Wiener Rettungsgesetz erstellt.

Rattenverordnung

Da mit dem Inkrafttreten des Verwaltungsreformgesetzes 2001 das Rattengesetz außer Kraft getreten ist, wurden entsprechende legislative Maßnahmen eingeleitet, damit die in Wien geltende Rattenverordnung, deren Rechtsgrundlage dieses Bundesgesetz ist, nach Wegfall dieses Gesetzes als ortspolizeiliche Verordnung weitergelten kann.

Schwerpunkte der Tätigkeit auf den Gebieten **Sozialversicherung, Sozialrecht und Arbeitsrecht** waren Einsprüche gegen Bescheide der Sozialversicherungsträger, Berufungen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, dem Bundesbehindertengesetz, dem Wiener Sozialhilfegesetz, dem Wiener Pflegegeldgesetz und dem Studienförderungsgesetz, Begutachtungen von Gesetzes- bzw. von Verordnungsentwürfen sowie Stellungnahmen und Berichte für Internationale Organisationen.

Begutachtungen

- Durch **Amtssachverständige** verschiedener medizinischer Fachrichtungen werden sowohl für Behörden I. und auch II. Instanz medizinische Sachverständigengutachten entsprechend dem Standard zertifizierter Gerichtsgutachter erstellt.
- In der **amtsärztlichen Begutachtung** wurde eine deutliche Steigerung der zweitinstanzlichen Begutachtungen nach dem Führerscheingesezt (184 Begutachtungen) beobachtet.
- Als wesentlicher Tätigkeitsbereich der **neuro-psychiatrischen bzw. psychologischen Begutachtungen** ist die Wahrnehmung der behördlichen Drogenangelegenheiten (in enger Kooperation mit dem Fonds Soziales Wien/Institut für Suchtdiagnostik) hinzugekommen.
- In den Wiener Schulen werden **prophylaktische Reihenuntersuchungen** durch Fachärzte für Orthopädie durchgeführt. DiplomsozialarbeiterInnen sind im Verbindungsdienst zu den Sonderschulen für körperbehinderte Kinder sowie zu den orthopädischen Spitalsabteilungen weiterhin tätig. Ebenso besteht weiterhin ein therapeutisches Betreuungsangebot für die Kinder der Sonderschulen für Körperbehinderte.
- Im Rahmen des Wiener Pflegegeldgesetzes wurden Begutachtungen für die Einstufung der An-

tragsteller in eine der im Gesetz vorgesehenen 7 Pflegestufen durchgeführt.

- Als akkreditierte Prüfstelle wurden in den Fachbereichen Radiologie und Elektromedizin der **Physikalisch-technischen Prüfanstalt** Gutachten und Prüfberichte erstellt. Dem Fachbereich Personendosimetrie obliegt die Überwachung von strahlenexponierten Personen in Betrieben von Strahleneinrichtungen wie Spitäler, Radiologen, Zahnärzte und Gewerbebetriebe.
- Das **Institut für Umweltmedizin** hat das Akkreditierungsverfahren als Prüf- und Überwachungsstelle positiv abgeschlossen. Es ist in Wasseruntersuchungen eingebunden und leistet zusätzlich Arbeiten in den Bereichen Radiologie, Schwermetallanalytik, Toxikologie, Legionellen-diagnostik, Salmonellendiagnostik, Tuberkulose-diagnostik, Umweltvirologie, Krankenhaushygiene und Sterilisatorenüberprüfung. Die Umweltmedizinische Begutachtungs- und Beratungsstelle ist außerdem noch Anlaufstelle für BürgerInnen in umweltmedizinisch relevanten Fragen.
- Die 19 **Bezirksgesundheitsämter** haben im Berichtsjahr unter anderem mehr als 100.000 Impfungen verabreicht und über 44.000 Suchtgiftdauerverschreibungen vidiert.
- In 135 selbstständigen Ambulatorien wurden Überprüfungen im Rahmen der sanitären Aufsicht nach dem Krankenanstaltengesetz sowie über 700 Überprüfungen in Ordinationen und Ambulatorien nach dem Strahlenschutzgesetz durchgeführt.
- Nach dem Bazillenausscheidergesetz wurden mehr als 63.000 Proben genommen und über 54.000 „Gesundheitszeugnisse“ ausgestellt. Im Rahmen der Meldepflicht an Infektionskrankheiten nach dem Epidemiegesezt wurden rund 3.000 Anzeigen bearbeitet, in umwelthygienischen Fragen knapp 5.000 Anfragen beantwortet.
- Der seit 1971 etablierte **Wiener Grippemeldedienst** wurde unter Mitwirkung von 32 Meldepraxis-Ärzten in Zusammenarbeit mit der Wiener Gebietskrankenkasse und dem Stadtschulrat für Wien weitergeführt. In der 3. Kalenderwoche 2001 wurde der Beginn einer Influenza A-Epidemie registriert, die sich insgesamt über fünf Wochen erstreckte. Die erforderlichen medizinischen Maßnahmen wie die Organisation von Influenzaimpfungen, Beratungen, Verständigung des Ärztekundendienstes usw. wurden in die Wege geleitet.

Gesundheitsdienste

Gesundheitsberatungen und Dienstleistungen der MA 15 für breite Bevölkerungsgruppen werden zu den Themenbereichen Gesundheitsvorsorge für Mutter und Kind, Zahngesundheit für Kinder und Jugendliche (Jugendzahnkliniken), Gesundheitsvorsorge im Schulalter/schulärztlicher Dienst, Gesundheitsvorsorge für Erwachsene (Vorsorgeuntersuchungen), Gesundheitsberatung zu Schwerpunktthemen (Pollenallergie, Ernährung, Rauchen, Umweltreize – Wetterfühligkeit, Bioklima) und Impfungen für Reisende angeboten.

In über 15 Bedienstetenkategorien erbringen über 350 Personen im Jahr mehr als 750.000 Beratungs-

und Betreuungsleistungen. Durchschnittlich nimmt also jede zweite Person in Wien einmal jährlich eine Dienstleistung der Gesundheitsdienste in Anspruch.

Die MA 15 hatte im Rahmen des **Krisenmanagements** einen wesentlichen Beitrag zur **Bekämpfung des Bioterrorismus** zu leisten. Die Einsätze beim Auftreten von Verdachtsfällen auf das Vorliegen einer Bedrohung durch **biologische Waffen** (hauptsächlich Milzbrand) haben das medizinische Personal vor allem im Oktober und November in hohem Ausmaß gebunden. Im Berichtsjahr waren 80 Einsätze zu verzeichnen.

Schwerpunkte bei jährlich wiederkehrenden Aufgaben waren die **Vorsorgeuntersuchungen** für Personen ab dem vollendeten 19. Lebensjahr nach dem sogenannten „Wiener Programm“ an Untersuchungsstellen der MA 15 und in Betrieben. Es konnte auch das Angebot der „aufsuchenden Vorsorgeuntersuchung für Magistratsabteilungen“ eingerichtet werden, das über alle Erwartungen gut angenommen wurde. Anmeldungen bis 2003 liegen vor. Die Zahl der Gesundenuntersuchungen ist gegenüber dem Vorjahr um 4,2 Prozent gestiegen.

Die **Wiener Gesundheitsberatung** bietet fundierte ärztliche und psychologische Erstberatung bei Gesundheitsthemen (Allergien, Ernährung & Bewegung, Rauchen, Umweltreize – Wetterfühligkeit, Bioklima) an einem „langen Beratungstag“ an und dient primär als Informationsdrehscheibe (mit Gesundheitstelefon) für die Bevölkerung. Neu dazugekommen ist im Berichtsjahr die von der Magistratsdirektion-Berufliche Gesundheitsförderung initiierte „aufsuchende Gesundheitsberatung für Magistratsabteilungen“, die von 72 Dienststellen des Magistrats mit Interesse angenommen wurde.

Pflege und Betreuung (MA 47)

Die MA 47 ist Teil des Gesundheitswesens und ist für die Bereitstellung gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Hilfe für pflege- und betreuungsbedürftige Personen aller Altersgruppen zuständig. Naturgemäß liegt der Schwerpunkt bei den älteren WienerInnen. Die rechtliche Grundlage sind das Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) und das Wiener Heimhilfegesetz (WHHG).

Das WSHG normiert einen Rechtsanspruch der Pflege im Rahmen der Sicherung des Lebensbedarfs und das Angebot und die Organisation Sozialer Dienste als Kannleistung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung des Sozialhilfeträgers. Mit beiden Aufgaben, sowohl der Aufgabe der Bereitstellung der Pflege als auch der Bereitstellung der Sozialen Dienste, ist die Abteilung nach der Geschäftseinteilung betraut. Für diesen Zweck hat die Abteilung im Jahr 2001 rund EUR 300 Mio. netto aufgewendet. Die Budgetverantwortung bedingt die strategische Steuerung der verschiedensten Pflege- und Betreuungsdienste. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden den politischen Vorgaben entsprechend verteilt. Die Durchführung der Leistung obliegt weitgehend privaten Wohlfahrtsorganisationen, die über Vertrags-



Mit dem Slogan „Wer sorgt für Pflege und Betreuung in dieser Stadt?“ startete im November eine Informationskampagne der MA 47, mit welcher die Angebote der Stadt Wien rund um Pflege und Betreuung zu Hause vorgestellt wurden.

verhältnisse mit der Abteilung verbunden sind und für die von der Abteilung beauftragten Leistungen Kostenersätze erhalten.

Eine **Kernaufgabe der Abteilung** besteht darin, den Bedarf der Pflege- und Betreuungsbedürftigen im Einzelfall zu prüfen, zu beraten, im Sinne der Selbsthilfe anzuleiten und die Leistungen dem Bedarf entsprechend zu organisieren. Diese Kernaufgabe wurde den Servicebereichen der Abteilung, dem Sozialruf, der Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime und den Gesundheits- und Sozialzentren übertragen.

Die Abteilung bietet aber auch selbst Pflege- und Betreuung mit eigenem Personal an. Die Eigenleistung betrifft den Bereich der medizinischen **Hauskrankenpflege**, die entsprechend den Bestimmungen des ASVG auf der Basis eines Vertrages mit den Krankenversicherungsträgern erbracht wird. Weiters werden von der Abteilung Geriatriische Tageszentren, vorwiegend in Verbindung mit stationären Geriatriezentren des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) betrieben.

Darüber hinaus wurde eine für Akutmaßnahmen zuständige Vorfeldorganisation aufgebaut, um kurzfristig - insbesondere bei Gefahr im Verzug - Dienstleistungen schon vor der regulären Pflege und Betreuung anbieten zu können.

Die Bedarfsprüfung und Vorfeldorganisation der Hilfeleistungen erfolgen dezentral. Anlaufstellen sind die jeweils für durchschnittlich rund 150.000 Einwohner zuständigen Gesundheits- und Sozialzentren, die die Beratung, Bedarfsprüfung und Erstversorgung organisieren. Darüber hinaus werden in den Gesundheits- und Sozialzentren eine Reihe von Bezirks- und Regionsaktivitäten gesetzt, um dem spezifischen, demografisch bedingten Bedarf entsprechen zu können.

Das WHHG regelt den Betrieb der Heimhilfe, welche durch private Organisationen angeboten wird. 96 % aller in dieser Form erbrachten Heimhilfeleistungen werden durch die Abteilung beauftragt.

Die Gesundheits- und Sozialzentren

In Betrieb sind sechs Gesundheits- und Sozialzentren für die Bezirke 21. und 22., die Bezirke 1., 2. und 20., die Bezirke 4., 5. und 10., die Bezirke 6., 7., 14. und 15., die Bezirke 8., 16. und 17. und die Bezirke 12., 13. und 23. Das Gesundheits- und Sozialzentrum für die Bezirke 3. und 11. wird im Frühjahr 2002 eröffnet. Das Gesundheits- und Sozialzentrum für die Bezirke 9., 18. und 19. ist in Planung.

Gesundheits- und Sozialzentrum Leopoldstadt/Brigittenau

Die offizielle Eröffnung am 21. März 2001 erfolgte durch die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen. Dieses Gesundheits- und Sozialzentrum ist das Fünfte, das von der Abteilung in Betrieb genommen wurde, und verfügt über die schon in anderen Teilen Wiens erprobte Angebotspalette.

Das „Fest der Sozialen Meile“, eine gemeinschaftliche Veranstaltung der Gesundheits- und Sozialzentren bzw. der Geriatrischen Tageszentren und des Nachbarschaftszentrums 2 des Wiener Hilfswerks unter dem Motto „Lernen Sie uns kennen“, fand am 19. September 2001 in der Vorgartenstraße statt.

Gesundheits- und Sozialzentrum Favoriten

Das Gros der MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums konnte im Jahr 2001 an den abteilungsinternen Fort- und Weiterbildungen zur Pflege- und Betreuungskoordination teilnehmen. Planungsthema des Zentrums waren die im SMZ-Süd entstehende Servicestelle (Geriatrisches Tageszentrum) der Abteilung sowie die Hereinnahme von bisherigen Außenstellen.

Für das „Internet-Café für SeniorInnen“ konnte 2001 eine ehrenamtliche Mitarbeiterin zur Betreuung der BesucherInnen gewonnen werden, so dass der Betrieb von einmal wöchentlich auf zweimal wöchentlich erweitert werden konnte.

Gesundheits- und Sozialzentrum Geibelgasse

Das Gesundheits- und Sozialzentrum war bei der Veranstaltung „Eröffnung Bezirksamt 15 - neu“, beim „Wasserweltfest“ sowie beim Straßenfest Reindorf-gasse vertreten. An der Gestaltung der Bezirksfeier „300 Jahre Fünfhaus“ wurde mitgearbeitet. Das Gesundheits- und Sozialzentrum Geibelgasse hat an der Regionalkonferenz 2001 im SMZ Baumgartner Höhe mit dem Themenschwerpunkt „Optimierung der Zusammenarbeit intra- und extramuraler Institutionen“ sowie an der Enquete „Alleinsein in der Großstadt“ mit dem Referat „Wo Alleinsein zur Last wird“ teilgenommen. Die Leistungen und multiprofessionellen Angebote der Abteilung konnten bei zahlreichen Bezirksmultiplikatoren vorgestellt werden. In Pensionistenklubs wurden zusätzlich Infor-

mationsveranstaltungen unter anderem zu den Themen „Ernährung, Bewegung, Inkontinenz“ angeboten.

In der dem Gesundheits- und Sozialzentrum angeschlossenen Beratungs- und Servicestelle „Beratung am Eck“ wurde eine wöchentlich stattfindende offene Gesprächsgruppe für SeniorInnen mit Gastreferenten und speziellen Programmschwerpunkten wie „Miteinander leben im Bezirk“, „Lebensgeschichte ist Geschichte“, „Schmerzmedizin“, „Sicherheit zu Hause“ und „Wie gehe ich mit dem Euro um?“ eingerichtet.

Einer slowenischen und japanischen Delegation wurde das Gesundheits- und Sozialzentrum vorgestellt sowie ausführlich zum Themenschwerpunkt „Pflege und Betreuung im ambulanten Bereich - Schnittstellen und Zuordnungen in der Wiener Stadtverwaltung“ informiert.

Gesundheits- und Sozialzentrum Ottakring/Hernals

In diesem Gesundheits- und Sozialzentrum wurde die schon bestehende wöchentliche SeniorInnengesprächsrunde weitergeführt und von 10 Personen auf 25 Personen ausgeweitet. Für interessierte SeniorInnen der Bezirke Ottakring/Hernals wurde ein mehrwöchiger Malkurs (2 Stunden pro Woche) angeboten.

Seit einigen Monaten gibt es im Wilhelminenspital das Projekt „Entlassungsmanagement“. Zwei diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegepersonen arbeiten nun, neben SozialarbeiterInnen und Seniorenberaterinnen, in der schon bestehenden Servicestelle der Abteilung mit folgendem Leistungsangebot:

- Information und Beratung in der zentralen Servicestelle und am Krankenbett für PatientInnen und deren Angehörige
- Sicherstellung der Pflege und Betreuung zu Hause bereits während des Krankenhausaufenthaltes
- Interdisziplinäre und trägerübergreifende Gestaltung des Schnittstellenmanagements am Betreuungsübergang zur häuslichen Betreuung.

Gesundheits- und Sozialzentrum Meidling/Hietzing/Liesing

Die Besiedelung des neuen Gesundheits- und Sozialzentrums fand im Herbst 2001 statt. Nach der für das Frühjahr 2002 geplanten Eröffnung wird in der Region neben den bisherigen Dienstleistungen Sozialarbeit, Seniorenberatung, MigrantInnenberatung, Indibet, Inkontinenzberatung und Mobile Ergotherapie angeboten. Die Umsetzung und Integration verschiedener Projekte der Abteilung wurde geplant.

Zur Intensivierung der Betreuung an der Schnittstelle zwischen ambulanter und stationärer Pflege wurde mit dem zugeordneten Geriatriezentrum Liesing eine neue Kooperationsvereinbarung getroffen und mit dem Geriatriezentrum Am Wienerwald vorbereitet.

Gesundheits- und Sozialzentrum Donauefeld

Das Gesundheits- und Sozialzentrum Donauefeld hat im Oktober sein fünfjähriges Bestehen unter großer Beteiligung der Bevölkerung, zahlreicher langjähriger Kooperationspartner und aller MitarbeiterInnen gefeiert.

Das Kooperationsübereinkommen zwischen dem Gesundheits- und Sozialzentrum und dem Donauefeldspital wurde verdichtet und in die standardmäßige Routine übergeführt.

Das Projekt „Gesundheitsnetz Donauefeld“ (die elektronische Übermittlung aller Informationen der für die Spitalsentlassung vorgesehenen PatientInnen) wurde beendet und als ausschließlicher Weg der Patientenbriefe bzw. Pflegeberichte für den alltäglichen Betrieb zwischen Gesundheits- und Sozialzentrum und Donauefeldspital etabliert.

Seit der Eröffnung des Geriatriezentrums Floridsdorf und der akutgeriatrischen Station im dortigen Krankenhaus im März 2001 nehmen MitarbeiterInnen des Gesundheits- und Sozialzentrums an den wöchentlichen Patientenbesprechungen teil und gewährleisten den reibungslosen Übergang für alle PatientInnen vom stationärem Aufenthalt zum Leben zu Hause.

Zahlreiche Öffentlichkeitsveranstaltungen gemeinsam mit den beiden Bezirken, wie auch interne Fortbildungen, Kurse und Arbeitskreise, Schulungen für MitarbeiterInnen der Wohlfahrtsvereine wurden in den Räumen des Zentrums abgehalten.

Geriatrie-Tageszentren

Sechs Tageszentren werden von der Abteilung, acht weitere von privaten Trägerorganisationen betrieben. Das in Bau befindliche Geriatrie-Zentrum Süd im Kaiser-Franz-Josef-Spital soll ebenfalls ein von der Abteilung gesteuertes Geriatrie-Tageszentrum miteinschließen. Die organisatorischen Vorbereitungen für die 2003 geplante Inbetriebnahme sind bereits angelaufen.

Die Zielvorgaben der Geriatrie-Tageszentren sind die Erhaltung der Lebensführung außerhalb der stationären Einrichtungen - auch bei Pflegebedarf - und die Erfüllung von körperlichen, geistigen, psychischen und sozialen Bedürfnissen. Der Erhalt der Lebensqualität im hohen Alter wird durch individuelle Beratung, Unterstützung, Begleitung und Therapie, persönliche Hilfe, verschiedene kreative therapeutisch-kommunikative Gruppenprogramme und vielfältige Gelegenheiten zu Kontakten erreicht. Damit sind beispielsweise folgende Angebote verbunden: Abholdienst von der Wohnung ins Tageszentrum und zurück, Hilfe bei der Körperpflege inklusive Bad, 3 Mahlzeiten pro Tag, spezielle Hilfen für desorientierte Personen (demente und Alzheimerpatienten), Einzel- oder Gruppenberatung der Angehörigen etc. Die Programme sind therapeutisch orientiert und streben die Erhaltung der Fähigkeiten der BesucherInnen und das Wecken zusätzlicher potenzieller Interessen und Ziele der Besucher an. Das Programm des Tageszentrums hat prophylaktischen

Charakter, weil die geistige und körperliche Auseinandersetzung und der damit verbundene Wille zu Aktivitäten und sozialen Kontakten die Pflegebedürftigkeit verhindert oder zumindest hinauszögert.

Sozialarbeit

Dem Fachbereich Sozialarbeit obliegt die strategische Planung für eine zukunftsorientierte Entwicklung sowie die Begleitung der Gesundheits- und Sozialzentren (GSZ) bei Veränderungsprozessen und Projekten für den Part der Sozialarbeit im Rahmen des grundsätzlich interdisziplinären Gesamtkonzepts. Die schrittweise Entwicklung der Sozialarbeit im häuslichen Betreuungsbereich in quantitativer und qualitativer Hinsicht, mit der ein Entfaltungsprozess der professionellen und methodischen Möglichkeiten der Sozialarbeit verbunden ist, bildete im vergangenen Jahr einen Arbeitsschwerpunkt, der auch in den nächsten Jahren verfolgt werden wird. Die Weiterentwicklung und Verlagerung von interdisziplinär besetzten Servicestellen der GSZ an Krankenanstalten und Geriatriezentren mit dem Schwerpunkt Entlassungsmanagement in die Kompetenz der ambulanten Betreuung, die derzeit in verschiedenen Modellen projektiert erprobt wird, löst schrittweise die Sozialarbeit an Krankenanstalten und Pflegeheimen ab. Mit stationären Pflegeeinrichtungen der Stadt Wien wurden Arbeitsgespräche zur Entwicklung von Strukturverbesserungen in der stationären Betreuung geführt. Bis zur Sicherstellung ganzheitlicher Betreuungsformen, die soziale Belange mit einschließt, leisten die GSZ Unterstützung bei Problemsituationen, die sozialarbeiterische Interventionen erfordern.

Mobile Gesundheits- und Krankenpflege

Dem Bereich obliegt die fachliche und organisatorische Aufsicht sowie die Durchführung jener Tätigkeiten, die durch das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG) geregelt sind. Ziele der mobilen Gesundheits- und Krankenpflege ist es, Menschen bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Altersgebrechen in der gewohnten Umgebung zu pflegen und zu betreuen. Zu den Aufgaben zählen die professionelle Pflege, Beratung, Anleitung und Schulung der Patienten zur Erfüllung des Selbstpflegebedarfs, weiters die Beratung der Angehörigen und anderer Bezugspersonen zur aktiven Mitwirkung der Patienten und ihrer Angehörigen am Genesungsprozess. Die Arbeit nach dem Pflegeprozessmodell wurde in allen Außenstellen etabliert. Die Pflegedokumentation wird gemäß dem GuKG und nach einheitlichem Standard erstellt. Qualitätssichernde Maßnahmen werden regelmäßig durchgeführt.

Mobile Pflege und Betreuung – Soziale Dienste

Im Gegensatz zur Hauskrankenpflege ist dieser Bereich auf die dauernde oder langfristige Bereitstellung von Pflege- und Betreuungsleistungen ausgerichtet, die ganzheitlich durch die verschiedenartigsten sozialen Dienste angeboten werden. Die Organisation erfolgt über die eingangs erwähnten Gesundheits- und Sozialzentren. Die Einzelbeauftragungen erfolgen dezentral durch diplomiertes Personal. Der Beauftragungsumfang im Einzelnen erfolgt EDV-

unterstützt und wird auch EDV-unterstützt kontrolliert. Deutlich ist die Verlagerung der Problemstellungen, die u. a. durch den zunehmenden Anteil höherer Pflegestufen bei den Patienten und Betreuten sichtbar wird. Es folgt daraus eine Intensivierung der Einzelangebote und ein Ausbau der Hauskrankenpflege bei den privaten Wohlfahrtsorganisationen. Die beauftragten sozialen Dienste sind nicht-medizinische Hauskrankenpflege, Heimhilfe, Reinigungsdienst, Besuchsdienst, Wäschepflegedienst, Essen auf Rädern, Ergotherapie, Familienhilfe und Kinderpflege.

Gleich wichtig wie die Beauftragung privater Wohlfahrtsorganisationen ist das Vorfeld der Beratung und die Vermittlung und Koordination von Dienstleistungen, die über das Angebot der Sozialen Dienste hinausgehen, wie z. B. die Kooperation mit dem Psychosozialen Dienst der MA 15, den magistratischen Bezirksämtern, den niedergelassenen Ärzten usw. Dieser Kooperationsbedarf entsteht dadurch, dass der Patient bzw. die Betreuten nur mehr eingeschränkt in der Lage sind, die Organisation der - zum Teil sehr verstreuten - Dienstleistungen zu koordinieren.

Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime

Die Abteilung wird als Sozialhilfeträger tätig, der die Pflege als Teil des Lebensbedarfs zu sichern hat. Stationäre Pflege wird in Wien über den Bereich Aufnahme in Wohn- und Pflegeheime veranlasst. Voraussetzung der Aufnahme ist eine Prüfung des Pflegebedarfs, der Zuständigkeit des Sozialhilfeträgers und der finanziellen Mittel des Pflegebedürftigen. Die Prüfung der Pflegebedürftigkeit ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Abteilung auch über die breite Palette der ambulanten Pflegemöglichkeiten verfügt und daher dem Pflegebedürftigen eine Entscheidungshilfe gibt, welche Form der Pflege angemessen ist. Die Aufnahme in ein Pflegeheim erfolgt dann, wenn die Betreuung durch die ambulanten Dienste nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann. Der Bürger hat die Möglichkeit, sich an einer Stelle über die städtischen und privaten Einrichtungen zu informieren, Beratung in Anspruch zu nehmen und bei Bedarf die vorliegenden Maßnahmen für die Aufnahme in das gewünschte Heim zu beantragen bzw. eine Information und Beratung über das ambulante Betreuungsangebot der Abteilung in Anspruch zu nehmen. Die Berücksichtigung der speziellen Angebote wie Kurzzeitpflege, Urlaubsbetreuung und Hospiz wird nach Bedarf koordiniert.

Kostensätze, Verlassenschaften und Zivilrechtsangelegenheiten

Kostensätze zu Gunsten der Stadt Wien ergeben sich aus der Subsidiarität der Sozialhilfe. Die Leistung von sozialen Diensten ist an einkommens- und pflegegeldabhängige Kostenbeiträge gebunden. Für Leistungen von Sozialhilfe in Form von Übernahme von Pflegekosten sind Ersatzleistungen nach den Bestimmungen des § 324 ASVG (Allgemeines Sozialversicherungsgesetz) von den Pflegebedürftigen zu erbringen.

Zum Rückersatz geleisteter Sozialhilfe aus Verlas-

senschaften werden derzeit 920 Akten in Evidenz gehalten, wurden im Jahr 2001 176 Aufforderungen an Erben geschrieben und 55 pfandrehtliche Sicherstellungen durchgeführt.

Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime

Das Wiener Sozialhilfegesetz ermächtigt und verpflichtet den Sozialhilfeträger zur Aufsicht über Wohn- und Pflegeheime. Ziel der Aufsicht ist insbesondere die Beurteilung der Qualität der ärztlichen, fachpflegerischen und betreuungsmaßiger Versorgung der Wohn- und Pflegeheime. Dabei werden die Organisation des Pflegebereichs, die pflegerische, therapeutische und ärztliche Versorgung, die Fortbildungsprogramme, der Personalstand und der Einsatz der Pflege- und Betreuungspersonen erfasst. Dazu wurde der Entwurf des Heimgesetzes überarbeitet. Desgleichen nimmt die Abteilung an der Diskussion bzw. Vorbereitungsarbeit an einem Bundesheimvertragsgesetz teil.

Verrechnung der privaten Wohn- und Pflegeheime

Im Bereich „Kostenverrechnung für die privaten Wohn- und Pflegeheime“ erfolgt die Berechnung der Kostenzuschüsse für Personen, die in privaten Wohn- und Pflegeheimen untergebracht sind. Nach Mitteilung des Berechnungsergebnisses an den Hilfeempfänger sowie an die privaten Wohn- und Pflegeheime werden die Monats- und Quartalsberechnungen kontrolliert und als erbrachte Sozialleistungen patientenbezogen vermerkt. Auch für die Unterbringung von Personen, deren Mittelpunkt der Lebensbeziehungen bis zur Heimaufnahme in Wien war und die in öffentlichen Wohn- und Pflegeheimen anderer Bundesländer untergebracht sind, werden nach Prüfung der Voraussetzungen Kostenanerkennnisse abgegeben. Die Höhe der Kostenzuschüsse wird in Evidenz gehalten. Nach dem Tod des Patienten werden die geleisteten Kostenzuschüsse bei den Verlassenschaftsverfahren angemeldet.

2001 wurden in 35 privaten Wohn- und Pflegeheimen für durchschnittlich 1.639 Patienten Kostenzuschüsse geleistet. Im Institut Haus der Barmherzigkeit wurden im Durchschnitt 534 Patienten betreut und erhielten Zuschüsse. Durchschnittlich 335 Wiener befanden sich in Wohn- und Pflegeheimen in den Bundesländern.

In den 32 Häusern des Kuratoriums Wiener Pensionisten-Wohnhäuser wurden 151 Personen in Langzeitpflege und 34 Patienten in Kurzzeitpflege Zuschüsse in der B-Station gewährt. Diese Anträge auf Kostenzuschüsse für Kurzzeitpflege in den B-Stationen der Häuser des Kuratoriums werden direkt im Kuratorium bearbeitet und von der Abteilung patientenbezogen vermerkt und überprüft.

SozialRuf Wien – 533 77 77

Der SozialRuf bietet telefonische Erstberatung in Problemsituationen an. Er veranlasst Hilfsmaßnahmen wie z. B. den Einsatz sozialer Dienste und der pflegerischen Notversorgung. Weitere mögliche Hilfen sind die sozialarbeiterische Beratung und

Akutintervention sowie telefonische Krisenintervention für Menschen in akuten Lebenskrisen.

Neben der täglichen telefonischen Erreichbarkeit von 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr (Tel: 533 77 77) bietet der SozialRuf Wien seine Informationen seit November 2000 auch in einer Internetdatenbank unter der Bezeichnung „Sozialinfo Wien“ an (<http://sozialinfo.wien.gv.at>). Im ersten vollen Betriebsjahr 2001 konnten 146.300 Internet-Abfragen gezählt werden.

Stabsstelle Fort- und Weiterbildung

Aufgabenschwerpunkt im Jahr 2001 war die Weiterführung der Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse innerhalb der Abteilung zu unterstützen und in einzelnen Projekten zu begleiten. Für das Jahr 2001 wurde die Hälfte der MitarbeiterInnen, welche unmittelbar in den operativen Handlungsablauf eingebunden sind, geschult. Die Einschulungsinhalte dienten dazu, dem/der MitarbeiterIn Veränderungsprozesse der Abteilung transparenter zu machen sowie einen möglichst einheitlichen Wissensstand zu vermitteln. Dadurch wurde auch eine Unternehmenskultur geschaffen, welche die Kommunikation (Corporate Communication), das Verhalten (Corporate Behaviour) und die Identität (Corporate Identity) zum gemeinsamen Erfolg stärkt.

Die Stabsstelle Fort- und Weiterbildung entwickelt halbjährlich ein bedarfsorientiertes interdisziplinäres bzw. fachspezifisches Bildungsprogramm, welches von allen Berufsgruppen in hohem Maße genutzt wurde und wird. Wissensmanagement und „Lebenslanges Lernen“ wird in der Abteilung von allen Führungskräften als unverzichtbarer Teil zur Weiterentwicklung gesehen und ist somit auch eine Selbstverständlichkeit in der Organisation.

Stabsstelle EU-Förderangelegenheiten

Mit September 2001 wurde eine Stabsstelle für EU-Förderungen und internationale Beziehungen gegründet, durch die der Projekt-Antrag „European Social Database“ im Rahmen des eContent-Programms der EU vorbereitet wurde. Darüber hinaus wurde die Abteilung Partnerin in mehreren Projekten im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Equal und übernahm die Vertretung der Stadt Wien im Social Welfare Committee der EuroCitys. Mit benachbarten Großstädten wie Brunn und Bratislava wurden Kooperationen eingeleitet, die 2002 fortgesetzt werden sollen.

Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien (MA 70)

Bauliche Maßnahmen zur Erhaltung und Modernisierung der Wiener Rettungsstützpunkte

Am 7. September 2001 wurde der Neubau der Wiener Rettungszentrale/Nebengebäude nach 1 1/2-jähriger Bauzeit von Bürgermeister Dr. Michael Häupl eröffnet. Umrahmt wurde dies von einem festlichen, kulturellen Programm unter Mitwirkung von Mitgliedern der Wiener Philharmoniker, des Burgtheaters und einer Vernissage. Die Kosten der derzeit mo-



Gesundheitsstadträtin Dr. Pittermann und der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Fritz Verzetnitsch im Notarzhubschrauber anlässlich der Eröffnung der neuen Rettungszentrale mit Hubschrauberlandeplatz in der Radetzkystraße.

dernsten Einsatzzentrale Europas betragen EUR 10.174.000. In diesem Neubau sind die Räumlichkeiten der MA 70, zwei Großgaragen, Technikräume und ein moderner Schulungsbereich (Rettungsakademie) mit einem Trainingsparcours (Trauma - TRAIN) untergebracht.

Mit der Generalsanierung des Hauptgebäudes der Rettungszentrale (Altbestand, erbaut 1897) wurde im März 2001 begonnen.

Die einsatzstärkste Rettungsstation der MA 70 - Mariahilf (rund 19.000 Einsätze pro Jahr) muss aus kapazitäts- und betriebsorganisatorischen Gründen vergrößert werden. Die MA 70 hat nunmehr auf Grund eines gleichzeitigen Erweiterungsbedarfs eines angrenzenden Hotels gemeinsam mit der Magistratsdirektion - Stadtbaudirektion einen Entwurf für ein Public-Private-Partnership-Projekt erarbeitet.

Für den Ausbau und die Generalsanierung der Rettungsstation Penzing wurden die Bauvorbereitungsmaßnahmen komplettiert.

Seit 1. Mai 2001 betreibt die MA 70 zur besseren und effektiveren Versorgung der Wiener Bevölkerung eine Expositur in Simmering.

Die notwendigen Maßnahmen für eine Zusammenlegung der Rettungsstation Hernals und der benachbarten Sanitätsstation 17 wurden eingeleitet.

Wesentliche Investitionen zur Erhaltung und Verbesserung des Rettungsbetriebes

Der Fuhrpark wurde durch Austausch von 11 Fahrzeugen (8 Notarzwagen, 3 Notarzteinsatzfahrzeuge) im Gesamtwert von rund EUR 1.170.000 weiter modernisiert.

Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Einrichtung im Zuge des Neubaus der Rettungszentrale/Nebengebäude sowie des Hauptgebäudes der Rettungszentrale (Altbestand) mit Gesamtkosten von rund EUR 440.000.

Zweckmäßige und neue modische Uniformen wurden entwickelt und angeschafft.

Die Rettungsstation Arsenal bekam ein neues Notstromaggregat.

Allgemeines

Die MA 70 konnte im vergangenen Jahr 142.272 Einsätze verzeichnen. Das sind um 3,86 % mehr als im Jahr 2000. Davon entfielen rund 66 % auf Rettungstransportwagen (RTW), 18 % auf Notarztwagen (NAW) und 14 % auf Notarzteinsatzfahrzeugen (NEF).

Mit April 2001 endete die direkte Kooperation der MA 70 mit dem Bundesministerium für Inneres hinsichtlich des Wiener NAH (Notarzhubschraubers) „Martin 3“. Das BMI bedient sich nunmehr des ÖAMTC, so dass ab Mai 2001 die MA 70 gemeinsam mit Piloten des ÖAMTC mit dem neuen NAH „Christophorus 9“ den Wiener Raum und Teile des nordöstlichen Niederösterreichs abdeckt. Insgesamt wurden 795 Einsätze des NAH verzeichnet.

Am 1. Jänner 2001 war der planmäßige Produktivstart für die neue EDV-Software SAP. SAP wird künftig in den Bereichen Einkauf und Rechnungsabwicklung, Lager- und Anlagenverwaltung, Finanzgebarung, Controlling und Fuhrpark eingesetzt.

Die Evaluierung der MA 70 gemäß dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz wurde erfolgreich abgeschlossen.

Mit Unterstützung der amtsführenden Stadträtin Prim. Dr. Pittermann-Höcker, des Presse- und Informationsdienstes (PID) und der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) wurde ein neuer, zeitgemäßer „Imagefilm“ über die MA 70 fertig gestellt.

Am 8. Dezember 2001 wurde das 120-jährige Bestehen der Wiener Rettung (Anlassfall Ringtheaterbrand mit rund 400 Toten) mit einem Tag der offenen Tür gefeiert.

Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L)

Die Magistratsabteilung für Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion (MA-L) ist als eine kleine Grundsatzabteilung mit wichtigen strategischen Funktionen konzipiert und fungiert auch als Bindeglied zwischen dem Gesundheitsressort des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen auf Bundesebene und dem operativ tätigen Gesundheitswesen auf Landesebene. Ihre Aufgaben umfassen hauptsächlich die zahlreichen Angelegenheiten der Landessanitätsdirektorin, sowie eine medizinisch-fachliche Beratung in allen das Land Wien betreffenden wichtigen Gesundheitsfragen. Im Berichtsjahr 2001 wurde seitens der Abteilung die

Funktion der medizinischen Koordination und Letztentscheidung - anlässlich des Bioterrorismus und des Anthraxalarms in Wien - vermehrt wahrgenommen.

In ihrer Funktion als Wiener Landessanitätsdirektorin ist die Abteilungsleiterin auch **Vorsitzende des Landessanitätsrats für Wien**. Im Berichtsjahr fanden 4 Sitzungen statt, in denen die Mitglieder des Landessanitätsrats über 11 neu zu besetzende Primariate bzw. ärztliche Direktorsposten berieten und jeweils ein abschließendes Gutachten mit der Reihung der Bewerber an den Herrn Bürgermeister erstellten (als Vorarbeit führte die Landessanitätsdirektorin ca. 65 Vorstellungsgespräche für Primariate).

Das bundesweite **Kollegium der Landessanitätsdirektoren** tagte in 2 Konferenzen, wobei innerhalb von 6 Tagen zahlreiche aktuelle Themen des gesamten österreichischen Gesundheitswesens behandelt wurden. Neben Beratungen über die Vorgangsweise beim Auftreten von Seuchen wie viralen hämorrhagischen Fiebrern nahm die plötzliche Konfrontation mit der globalen Terrorsituation einen besonders breiten Raum ein. Die Landessanitätsdirektoren pflegten einen regen Erfahrungsaustausch über die Vorgangsweise der einzelnen Bundesländer insbesondere anlässlich der zahlreichen **Anthraxverdachtsfälle**, weiters war eine Abstimmung mit den Vorgaben des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen erforderlich. Speziell erwähnenswert ist auch die intensive fachliche Diskussion zu einem neuen **Seuchenrecht**, welches schließlich das Epidemiegesetz, Aidsgesetz, Bazillenausscheidergesetz und Geschlechtskrankheitsgesetz bundesweit ablösen soll und obendrein den internationalen Erfordernissen angepasst werden soll. Auch die Handhabung der sanitären Aufsicht in Österreichs Krankenanstalten wurde präzisiert und diverse Checklisten neu erstellt bzw. überarbeitet. Wiederum war die Amtsärzteaus- und -weiterbildung den Sanitätsdirektoren ein besonderes Anliegen und eine österreichweite Vereinheitlichung der Amtsärzteausbildung, des **Physikats**, wurde vorangetrieben. Dazu hat sich die Wiener Landessanitätsdirektion aktiv in einer landessanitätsdirektoren-internen Arbeitsgruppe zur Akkordierung der Inhalte der Physikatskurse beteiligt. Als Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels der Vereinheitlichung der Physikatskurse wurde weiters seitens der MA-L im Berichtsjahr nach umfangreichen Vorarbeiten ein detaillierter Lehrzielkatalog der einzelnen acht Fächer des Physikatskurses erstellt und dieser unter Einbeziehung eines ausführlichen Meinungsbildungsprozesses mit den Vortragenden neu überarbeitet.

Weiters ist hervorzuheben, dass seit 2001 die Wiener Landessanitätsdirektorin als Vorsitzende der **Ethikkommission der Stadt Wien** gemäß Krankenanstaltengesetz, Arzneimittelgesetz und Medizinproduktegesetz fungiert.

Seitens der MA-L wurden auch im Berichtsjahr 2001 zahlreiche **repräsentative Aufgaben in Vertretung der Stadtverwaltung** wahrgenommen. So wurde an 120 Diplomfeiern, Amtseinführungen, Ehrenzeichen-

vergaben etc. teilgenommen, an ca. 80 von Frau Landessanitätsdirektorin persönlich.

Weiters wurde an ca. 110 Sitzungen von Kommissionen, Arbeitsgruppen, Ausschüssen, Qualitätszirkel etc. teilgenommen und mitgearbeitet. An ca. 70 davon nahm die Wiener Landessanitätsdirektorin persönlich teil und manche leitete sie selbst. Besonders erwähnenswert ist die Fortführung der Arbeitsgruppe zur Installierung eines österreichweiten **Influenza-Meldesystems**, die vom Obersten Sanitätsrat der Wiener Landessanitätsdirektorin übertragen worden war. Im Berichtsjahr fanden 3 Sitzungen der Arbeitsgruppe statt. Weiters wurde an den Begehungen der Theaterkommission, an den Sitzungen der Bauoberbehörde, am Amtsärztesforum im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen zum Thema sanitäre Aufsicht, an den Kommissionssitzungen für Dauerverträge des Krankenanstaltenverbundes u. a. m. teilgenommen.

Im Rahmen der **Ärztelkommission beim Militärkommando Wien** wurde über die Anträge von 8 Ärzten auf Aufschub vom Militärdienst bzw. Kaderübungen befunden, davon wurde für 4 Ärzte ein öffentliches Interesse gemäß dem Wehrgesetz anerkannt.

Einer der wichtigsten Hauptaufgaben der MA-L, nämlich der **Beratung in wichtigen das Land Wien betreffenden Gesundheitsfragen** wurde auch im Berichtsjahr 2001 sehr großes Augenmerk gewidmet: Es wurden ca. 75 umfassende Beratungen zu den verschiedensten gesundheitsrelevanten Themen sowohl speziell für die amtsführende Stadträtin als auch für andere magistratsinterne und -externe Stellen verfasst; einige der wichtigsten darunter waren:

- Beratung bezüglich der BSE-Thematik
- Beratungen und Meinungsbildung im Rahmen des Impfausschusses des Obersten Sanitätsrats zu den kostenlosen Schutzimpfungen für freiwillige Helfer und bestimmte Berufsgruppen
- Beratungen im Rahmen der Erstellung des Impfkonzeppts 2001 über den jeweils aktuellen Stand des FSME-Impfstoffs und der daraus resultierenden Impfeempfehlungen
- Beratungen über das Betriebsbewilligungsverfahren der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes
- Beratungen der Stadträtin zum Seuchenalarmplan sowie mit der Magistratsdirektion-Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen über das Vorgehen zur Finanzierung einer Hochsicherheitsisoliereinheit (HSI)
- Beratung zu halbautomatischen Defibrillatoren in Kranken- und Rettungswägen sowie bezüglich Laiendefibrillation
- Informationen zum Thema BCG-Impfung und BCG-Therapie bei Herpesinfektionen auf Grund einer Patientenbeschwerde
- Informationen zu möglichen Herzschrittmacherstörungen durch Handybenützung.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wurde Europa auch mit der Bedrohung der Anwendung von biologischen Waffen konfrontiert. Die USA hatte einige Todesfälle durch terroristische Austragung von **Milzbrandsporen (Anthrax)** in Postsendungen zu beklagen. Auch in Österreich und Wien

war im Herbst 2001 der Bioterrorismus in Form von Anschlägen mit einem anthraxverdächtigen weißen Pulver eine traurige Realität. So wurde die MA-L im Berichtsjahr in die Situation versetzt, vermehrt Aufgaben des **medizinischen Katastrophenmanagements** wahrzunehmen: Es wurden seitens der Abteilung unter hohem Zeitaufwand Anstrengungen zur Bewältigung des Anthraxalarms in Wien unternommen. Dabei wurde von der Abteilung die medizinische Koordination zwischen der Magistratsdirektion-Krisenmanagement und Sofortmaßnahmen auf der einen Seite und der operativen MA 15 - Gesundheitswesen, dem KAV sowie anderen magistratsinternen und -externen Dienststellen auf der anderen Seite wahrgenommen. Dazu wurden in der MA-L für den Anlassfall geeignete **Ablaufdiagramme** erstellt. Zusätzlich übernahmen die Amtsärzte der Wiener Landessanitätsdirektion die Sondierung der für laufende und etwaige zukünftige Maßnahmen wesentlichen diagnostischen Möglichkeiten. Für die Dienststellen des Magistrats verfasste die Wiener Landessanitätsdirektion unter enormem Zeitdruck **Verhaltensmaßregeln für den Umgang mit milzbrandverdächtigen Postsendungen**. Darüber hinaus wurde für die von anthraxverdächtigen Substanzen betroffenen Personen aus der Bevölkerung kurzfristig ein Merkblatt ausgearbeitet, auf dem neben möglichen Symptomen einer Milzbrandinfektion auch 3 vorab festgelegte Ambulanzen in Wiener Krankenanstalten angeführt waren, an die sich Betroffene beim Auftreten von Krankheitszeichen vor Vorliegen eines Untersuchungsergebnisses wenden sollten (dieselben Krankenanstalten waren auch für die Behandlung im Falle des Auftretens von Anthraxfällen vorgesehen). Die Merkblätter wurden sowohl den vor Ort tätigen Amtsärzten, als auch der Bundespolizeidirektion als Unterstützung zur Verfügung gestellt und sie wurden in der Folge zum Teil sogar außerhalb Wiens von der Polizei verwendet. Die Wiener Landessanitätsdirektion veranlasste weiters als Folge von Beratungen mit den Hygienebeauftragten der Wiener Krankenanstalten die Übersetzung der Merkblätter in die Sprachen der nicht deutschsprachigen Minderheitengruppen der Wiener Bevölkerung.

Um ein entsprechendes Feed-back zum Ablauf der Anthraxereinsätze in der Praxis zu bekommen, nahmen die Amtsärzte der Wiener Landessanitätsdirektion 10-mal persönlich als Beobachter an den ca. 80 amtsärztlichen Einsätzen vor Ort teil. Die Erkenntnisse aus der Praxis wurden in Aktualisierungen der Ablaufdiagramme eingebaut und dienten in weiterer Folge der laufenden Adjustierung und Anpassung der notwendigen Maßnahmen.

Um auch anderen möglichen Szenarien des Bioterrorismus erfolgreich begegnen zu können, bleibt die Ausarbeitung von Strategien auch weiterhin eine wichtige Aufgabe der Gesundheitsbehörden und im Speziellen der MA-L als strategische Grundsatzabteilung. So wurden beispielsweise für den internen Gebrauch auch **Vorgangsweisen und Abläufe bei pockenverdächtigen Sendungen**, sowie für einen tatsächlichen Pockenverdachtsfall erarbeitet. Es wurden darüber hinaus zahlreiche Recherchen zur Pockendiagnostik, zu Pockenimpfungen und zu rechtlichen Aspekten der Verhängung der Quarantäne durchgeführt.

Als Weiterführung einer im Vorjahr begonnenen **wissenschaftlichen Zusammenarbeit** zwischen den benachbarten Städten **Bratislava und Wien** fand im Frühjahr des Berichtsjahres ein zweites Symposium zum Thema „Patientenrechte“ in Wien, und im Herbst ein drittes in Bratislava mit dem Thema „Frauengesundheit“ statt. Auf Wunsch der amtsführenden Stadträtin wurde Mitte des Jahres 2001 die Organisation der Symposien der inzwischen neu gegründeten Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement übertragen und die Landes-sanitätsdirektion wurde in der Folge mit der wissenschaftlichen Leitung dieser Symposien betraut.

Auch im Berichtsjahr 2001 widmete sich die Wiener Landessanitätsdirektion in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien der **medizinischen Forschungstätigkeit** und medizinischen Forschungsprojekten auf nationaler und internationaler Ebene:

- So wurde in Zusammenarbeit mit der Biotechnologiefirma „TUBioMed“ der „World Congress on Neuroinformatic“ organisiert und im September 2001 unter der Patronanz der Wiener Landessanitätsdirektorin an der Technischen Universität Wien abgehalten.
- Im Jahr 2001 hat sich die MA-L in der Arbeitsgruppe der Magistratsdirektion-Betriebswirtschaft und Controlling bei der Erstellung eines „Produktgruppenkataloges“ für die Stadt Wien mitbeteiligt.
- Im Berichtsjahr wurde auch das EU-Projekt COST D-8 „Chemistry of Metals in Medicine“ abgeschlossen, welches in der Folge beim COST D-8-Abschlussmeeting in Dublin veröffentlicht wurde.
- Im Rahmen eines mehrjährigen Entwicklungsprogramms „Neuroscience - Demenzvorsorge“ wird im eigenen Labor (MA-L/TUBioMed) in Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur Wien erfolgreich ein „Capture-Elisa-Testverfahren“ entwickelt, welches im Serum vom Patienten einen Biomarker zur Früherkennung der Demenz und in weiterer Folge die Abgrenzung von Depression zur Demenz bzw. Demenz vom Alzheimer typ ermöglicht, sowie Zusammenhänge als Basis für neue Therapiestrategien für die Zukunft aufklären soll.
- Weiters wurde im Jahr 2001 ein neues Projekt im Rahmen des EU-Projekts COST D-13 („New Molecules Towards Human Health Care“) begonnen: Im Rahmen dieses Projekts werden Derivate einer Substanz synthetisiert, die um den Faktor 100 Mal aktiver sind als das bekannte Nootropikum „Piracetam“. Zu diesem Projekt fanden ein „Mid Term Meeting“ in Athen und ein „Management Committee Meeting“ bei der Europäischen Kommission in Brüssel statt.
- Im Berichtsjahr wurde außerdem auch an mehrjährigen Projekten gearbeitet, wie z. B. dem „Jubiläumsfondsprojekt Nr. 6978/1 der Nationalbank“ mit dem Titel: „Membranabbau und Lipidmediatoren in neurodegenerativen Erkrankungen“.
- Zum Thema Umwelt und Gesundheit wurde im Jahr 2001 das Projekt HEMAS fertig gestellt. Da es zunächst von der EU abgelehnt worden ist, wurden die aus dem Projekt gewonnenen Er-

kenntnisse als Basis für ein neues EU-Projekt verwendet, das ebenfalls im Berichtsjahr begonnen wurde und dessen Titel UTAPAH (Urban Traffic Air Pollution And Health) lautet.

Zur personellen Situation im Berichtsjahr 2001 ist festzuhalten, dass die MA-L einen weiteren Amtsarztposten erhalten hat. Weiters wurde der Leiter des Dezernates II-Gesundheitsplanung mit 5. 7. 2001 zum Bereichsleiter für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement der Geschäftsgruppe für Gesundheits- und Spitalswesen ernannt und in der Folge das gesamte Dezernat II mit 15 Posten mit 1. 9. 2001 in die Bereichsleitung übergeführt. Somit bestand die MA-L zu Jahresende 2001 aus nunmehr 12 Personen.

Um den sehr mannigfaltigen Ansprüchen auf höchstem Qualitätsniveau zu entsprechen, wurden im Berichtsjahr von den Amtsärzten 1.064 Stunden an Fortbildungen aufgewendet, davon 187 Stunden im Themenbereich der Katastrophenbewältigung.

Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement

Mit 1. September 2001 wurde das Dezernat II der Landessanitätsdirektion zur Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement. Die Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement ist in folgenden Bereichen tätig: Gesundheitsplanung, Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung und Budgetkoordination.

Im Rahmen des Aufgabengebiets **Gesundheitsplanung** wurde im Jahr 2001 intensiv an der Erstellung des so genannten „**Wiener Pflegeheim-Plans**“ gearbeitet. Einerseits geht es hier um eine Bedarfsanalyse für Wohn- und Pflegeplätze in Wien für das Jahr 2010, andererseits um eine abgestimmte Erarbeitung von Standards in der stationären Pflege (Definition eines den Bedürfnissen der Bewohner entsprechenden Leistungsangebots, der baulichen Voraussetzungen, Personalschlüssel und -qualifikationen etc.). Zudem fanden die Vorarbeiten für die Erstellung eines **Wiener Landes-Krankenanstaltenplans** statt, wobei die Abstimmung der Arbeiten mit den Krankenhausträgern und mit medizinischen Experten ein wichtiger Bestandteil war. Durch die Umstrukturierungen der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen war die Gesundheitsplanung auch vermehrt in gesundheitspolitische Fragestellungen eingebunden.

Gemeinsam mit dem Bereich Gesundheitsförderung wurde das Projekt „**Gesundheitsförderung in Wiener Spitälern und Pflegeheimen**“ fortgesetzt und neben einer Veranstaltung zum Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen auch ein Workshop für Führungskräfte von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen angeboten („Gesundheitsförderung – eine Führungsaufgabe“). Im November 2001 fand das Kooperationsprojekt „1. Gemeinsame Konferenz der Deutschsprachigen Netzwerke Gesundheitsfördernder Krankenhäuser/ 6. Österreichische Konferenz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser“ statt. Das Projekt SIDS (Sicheres Schlafen für Babies) wur-

de fortgesetzt. Anlässlich der Enquete „Betreuung und Beratung von Säuglingen und ihren Eltern in Wien“ im Oktober 2001 im Wiener Rathaus wurden die Evaluierung und Erfahrungen aus der Wiener Informationskampagne präsentiert. Gegen Jahresende wurde eine Enquete dem Thema „Vom Wieder-Erwachen zum Wieder-Erleben“ (Wachkomapatienten) gewidmet.

Im Rahmen der **Gesundheitsberichterstattung** wurde der **Wiener Gesundheitsbericht 2001** erstellt und publiziert. Zudem erschienen in der Schriftenreihe „Statistische Mitteilungen zur Gesundheit in Wien“ zwei Hefte; dabei widmete sich die Ausgabe 2001/1 dem Thema „Gesundheit von Lehrlingen in Wien“, das Heft 2001/2 hatten den „Einfluss von Ernährung und Training auf Leistungsparameter bei alten Menschen“ zum Inhalt.

Die Entwicklung eines neuen Konzepts und Erscheinungsbilds für die Publikationen der Wiener Gesundheitsberichterstattung bildete einen zentralen Arbeitsschwerpunkt in diesem Jahr. Unter anderem soll damit der jährliche Gesundheitsbericht durch vertiefende themenspezifische Schwerpunktberichte ergänzt werden. Der erste Schwerpunktbericht zum Thema „Lebenserwartung und Mortalität“ ist in Vorbereitung.

Das im Herbst 2000 von der **Gesundheitsförderung** initiierte Projekt „Bewegtes Lernen“ wurde im Jahr 2001 weitergeführt. Aus den ursprünglich 30 Projektklassen in Wiener Volksschulen wurden mittlerweile 50. Das Projekt dient einerseits der Prävention von Haltungsschäden, andererseits der Unterstützung des kognitiven Lernens.

Im Jänner 2001 fand der Startschuss für das Programm „**Ein Herz für Wien**“ mit der Veranstaltung eines Herzinfotags für die Wiener Bevölkerung und einer Herzenquete für das Fachpublikum statt. Die Homepage www.wien.at/herz/ wurde eingerichtet. Im September 2001 fand die 2. Wiener Herzenquete statt. Die Herzbox in einer Auflage von 10.000 Stück wurde durch die Wiener Apotheken verteilt. Ergänzt werden die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten im Rahmen von „Ein Herz für Wien“ durch bevölkerungsnahe Programme, u. a. „Altern mit Hirn und Herz“, „Blutdruckdetektive“ am Donauinsselfest und dem Projekt „Walking Miles“. An sieben Strecken im Wiener Stadtgebiet werden dabei die WienerInnen auf Informationstafeln auf die Benefits des Gehens für die Gesundheit sowie für die Umwelt hingewiesen. Die Walking Miles wurden im Rahmen des europaweiten Aktionstags „**In die Stadt ohne mein Auto**“ eröffnet und durch die MA 22 und die betreffenden Bezirke mitfinanziert und sind damit ein Beispiel für die erfolgreiche Kooperation im Sinne der Gesundheit.

Weitere Kooperationsprojekte sind „Zahngesundheitsförderung in Wiener Schulen und Kindergärten im 2. und 20. Bezirk“, dabei wurde zunächst in zwei, dann in vier Wiener Gemeindebezirken ein umfassendes Pilotprojekt zur Zahngesundheitsförderung durchgeführt und die Hepatitis B-Informationsoffensive speziell für MigrantInnen gemeinsam mit dem Büro der Wiener Frauengesundheitsbeauftragten.

Am 18. Dezember 2001 fand im Wiener Rathaus das 1. Symposium des „Netzwerk Ernährung“ zum Thema „Gesundheitsförderung – gesunde Ernährung fördern“ statt.

Im Bereich Unfallverhütung wurden die Schwerpunkte aus den Vorjahren „Sicher gehen über 60“ und „Josefstadt – ganz schön sicher“ fortgesetzt.

Schwerpunkt der Tätigkeit des **WHO-Projekts „Wien – Gesunde Stadt“** im Jahr 2001 war der Start zur 2. Phase des Projekts „Wiener Netzwerk – Gesundheitsfördernde Schulen“. Dazu fand am 25. April 2001 eine große Veranstaltung in der HAK Schönborngasse statt, bei der die Urkundenüberreichung an alle neuen Projektschulen durch die Gesundheitsstadträtin und einer Vertreterin des Stadtschulrats erfolgte. Insgesamt haben sich nun 33 Wiener Schulen zur Zusammenarbeit bereit erklärt. Die gesundheitsfördernden Aktivitäten an den Schulen sind vielfältig: von Kinesiologie über Gesundheitstage, Musicals, Projektwochen bis zu Schulhausgestaltung und Mediation. Der erste Bericht zur Evaluation dieses Projekts wurde im Dezember 2001 fertig gestellt.

Im Mai 2001 wurde das Projekt „**Gesunde Leopoldstadt**“ für eine Laufzeit von 3 Jahren beschlossen. Der offizielle Startschuss des Projekts erfolgte Anfang September 2001 mit einer Festveranstaltung auf der Praterwiese. Das Projekt setzt auf Bezirksebene an und will Gesundheitswissen und Gesundheitspotential im Bezirk nachhaltig verbessern. Mit praxisorientierten Projekten werden alle BewohnerInnen des 2. Bezirks motiviert, ein eigenes Verantwortungsgefühl für Gesundheit zu entwickeln.

Wien nimmt seit 1988 am **Gesunde Städte-Projekt** der WHO teil, in dessen Rahmen es mit der Weltgesundheitsorganisation und den nun 41 Partnerstädten zusammenarbeitet. Im Jahr 2001 gab es zwei Treffen der Städte. Das erste Treffen fand im März in Lodz, Polen, statt. Wien präsentierte das kommunale Gesundheitsförderungsprojekt „Gesunde Leopoldstadt“. Das zweite Treffen fand Ende September in Seixal, Portugal, statt. Hier ging es primär um die Weiterführung und zukünftige Gestaltung des **Gesunde Städte-Netzwerks**.

Weiters gab es intensive Vorbereitung und Zusammenarbeit mit der MA 18 für ein Projekt der WHO zum Thema „**Healthy Urban Planning**“; ein Workshop hat im Juni 2001 zu diesem Thema in Mailand stattgefunden.

Mit der Umstrukturierung des Magistrats wurde vom Magistratsdirektor für jede Geschäftsgruppe zur Umsetzung der für 2002 erstmals veranschlagten Geschäftsgruppenbudgets ein **Budgetkoordinator** eingesetzt. Die Aufgaben der **Budgetkoordination** wurden bei Gründung der Bereichsleitung für Gesundheitsplanung und Finanzmanagement dabei mit aufgenommen. Die Budgetkoordination besteht aus dem Budgetkoordinator, seinem Stellvertreter, zwei Sachbearbeitern und zwei Kanzleibediensteten, die vor Gründung der Bereichsleitung in der MA 4 tätig waren.

Die Aufgaben der Budgetkoordination umfassen die Budgetgestaltung der Geschäftsgruppe und grund-

sätzliche Angelegenheiten des Budgetvollzugs. Außerdem werden Finanzierungspläne und Reformvorschläge zur Finanzierung des Gesundheitswesens erarbeitet. Weiters wird die Budgetkoordination bei durchzuführenden Erhebungen, Ausarbeitungen von Stellungnahmen zu Anfragebeantwortungen und dergleichen im Auftrag der Frau Stadträtin tätig.

Die Budgetkoordination ist für die Beurteilung der budgetären Auswirkungen von sämtlichen personellen Veränderungen und Nachbesetzungen der gesamten Geschäftsgruppe zuständig. Darüber hinaus hat sie die Angelegenheiten der Personalverwaltung für die Bereichsleitung durchzuführen.

Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV)

Allgemeines

Die Einrichtungen des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) wurden 2001 in gewohntem Maße von der Bevölkerung in Anspruch genommen. Insgesamt rund 388.000 PatientInnen und zur Pflege anvertraute MitbürgerInnen wurden stationär aufgenommen (Zuwachs gegenüber 2000: +1,6 %), wobei rund 91.000 Eintagesaufenthalte (Zuwachs gegenüber 2000: +5,9 %) deutlich machen, dass als Folge der Anpassung an den medizinischen Fortschritt und die Bedürfnisse der PatientInnen die Entwicklung zu kürzeren stationären Aufenthalten weiterhin zu beobachten ist. Die beeindruckende Zahl von über 609.000, allein im stationären Bereich der Spitäler erbrachten medizinischen Einzelleistungen (Steigerung gegenüber 2000: +1,8 %) zeigt deutlich, dass der Bedarf an medizinischen und pflegerischen Leistungen stetig im Ansteigen begriffen ist.

Die annähernd gleichbleibenden Personal- und Finanzressourcen des KAV haben von der Verwaltung des KAV Lösungen abverlangt, die das Spannungsfeld zwischen medizinischem Fortschritt und ökonomi-

schen Möglichkeiten auf eine für die PatientInnen optimale Art auflöst. Dies ist durch Strukturänderungen, optimierten Ressourceneinsatz, technologische Umstellungen und Weiterbildung des Personals umgesetzt worden. Besonders die MitarbeiterInnen des KAV haben diese, nicht immer leichte Aufgabe, mit großem persönlichen Einsatz gemeistert. Als konkretes Ergebnis der gesetzten Maßnahmen kann festgehalten werden, dass die Zuwachsrate für die Betriebsausgaben des KAV unter der Jahresinflationsrate liegt. Die gestiegenen Ausgaben für MitarbeiterInnen (+2 %) und medizinische Leistungen, etwa beim medizinischen Bedarf (gegenüber 2000 gesamt: +2,0 %, Implantate und Prothesen: +11 %), konnten durch Einsparungen in patientenfernen Bereichen zumindest teilweise kompensiert werden.

Besonders erfreulich zu vermerken ist, dass das Kernstück der Veränderungen, die Unternehmungswendung des KAV, termingerecht mit 1. Jänner 2002 umgesetzt wurde. Schon im Juli 2001 konnte die neue Struktur der Öffentlichkeit präsentiert werden. Der KAV wird ab 1. Jänner 2002 in 3 Teilunternehmungen gegliedert:

- Zur Teilunternehmung 1 zählen sämtliche Krankenanstalten, Pflegeheime und Geriatriezentren der Stadt Wien mit Ausnahme des Allgemeinen Krankenhauses. Die Teilunternehmung 1 wird bei einem Jahresbudget von etwa EUR 1,59 Mrd. voraussichtlich rund 24.100 MitarbeiterInnen und 12.400 Betten umfassen.
- Das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Wien bildet mit rund 7.000 Stadt Wien-MitarbeiterInnen und ca. 2.200 Betten bei einem Budget von etwa EUR 655 Mio. im Jahr die Teilunternehmung 2.
- In der Teilunternehmung 3 sind alle technischen, wirtschaftlichen und sonstigen Servicebetriebe des KAV, mit etwa 760 MitarbeiterInnen und einem Budget von rund EUR 55 Mio., zusammengefasst. Die Teilunternehmung 3 wird sich aus den Serviceeinheiten Wäsche und Reinigung, Informatik im Gesundheitsverbund, EDV Management- und Betriebsführungszentrum, WienKom, Fortbildung, Rechtsbüro, Technisches Service, Organisations- und Personalentwicklung sowie Forum Einkauf zusammensetzen.

Die Teilunternehmen des KAV werden von Prim. Dr. Ludwig Kaspar, Prof. Dr. Reinhard Krepler und OSR Dipl.-Ing. Josef Kastl zunächst für die Dauer von zwei Jahren geführt.

Finanz und EDV-Aktivitäten 2001 – der Schlüssel zur Strukturänderung in der Verwaltung

Das Vorantreiben der Unternehmungswendung prägte die Aktivitäten vor allem im Finanz- und EDV-Bereich der Verwaltungseinrichtungen des KAV. Die verantwortliche inhaltliche Begleitung des Projekts SAP (in den Bereichen: Finanz, Controlling, Haushaltsmanagement, Materialwirtschaft, Instandhaltung) wurde fortgesetzt, wobei eine intensive Betreuung und Schulung der Anstaltsmitarbeiter im Vordergrund stand. Die herausragende Projektumsetzung im Jahr 2001 war die erfolgreiche und termingerechte, flächendeckende Ablöse des Lagerverwaltungs- und Abrechnungsprogramms KIWI durch die Standardsoftware SAP R/3 für den be-



Foto: Votava / PID

Das Kinderbuch „Hase Moritz. Die Polypen- und Mandeloperation“ erhalten alle Kinder geschenkt, die im St. Anna Kinderspital die HNO-Ambulanz besuchen und vor einer Polypen- oder Mandeloperation stehen. Mit Hilfe dieses Buches können Ängste des Kindes schon vor der Operation reduziert werden.

triebswirtschaftlichen Bereich aller Dienststellen des KAV (außer AKH). In drei Phasen (1/01, 5/01 und 10/01) wurde SAP R/3 für ca. 900 NutzerInnen zur EDV-gestützten Abwicklung der täglichen Geschäftsprozesse implementiert. Mit den bereits im Jahr 2000 umgestellten Anstalten sind damit ca. 1.100 UserInnen mit dieser integrierten Applikation befasst. Das seit dem vergangenen Jahr zertifizierte Customer Competence Center (CCC) der IGV (Informatik im Gesundheitsverbund) und des EDV-Management und Betriebsführungszentrums (EMB) hat die erforderlichen umfangreichen Schulungen durchgeführt und ist für die laufende Beratung und Betreuung vor Ort verantwortlich.

In Anbetracht der für 2002 geplanten Unternehmenswerdung des KAV war es erforderlich, einen Wirtschaftspland 2002 für alle Bereiche des KAV zu erstellen, um den für Unternehmen geltenden Bestimmungen des Rechnungslegungsgesetzes zu genügen. Das Projekt „Euro-Umstellung“ wurde ebenfalls erfolgreich umgesetzt. Innerhalb dessen wurden alle Aspekte umfassend antizipiert, um eine reibungslose Währungsstellung für das Jahr 2002 sicherzustellen. Großen Einsatz seitens der Mitarbeiter erforderte daneben auch die Umsetzung aller notwendigen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung des Behandlungsbeitrags in den Ambulanzen.

Medizinische Spitzenleistungen im KAV – die Welt schaut auf uns

An der Univ.-Klinik für HNO im AKH wurde eine Patientin weltweit erstmalig mit einem implantierbarem Hörgerät und einem Cochlear-Implantat an beiden Ohren versorgt. Die Operation ist nicht nur für die Patienten ein großer Erfolg, sondern auch für die Analyse der Zusammenschaltung der Hörbahnen mit verschiedenen Systemen für die Wissenschaft von hohem Interesse.

Beim Weltkongress für Physikalische Medizin und Rehabilitation im Juli 2001 wurde der Beitrag der Univ.-Klinik für Physikalische Medizin und Rehabilitation des AKH zum Thema „Einfluss einer lang dauernden neuromuskulären Elektrostimulation der Oberschenkelmuskulatur auf die aerobe Kapazität“ mit dem ersten Platz prämiert. Dazu wird ein Elektrostimulationssystem auf die Oberschenkelmuskulatur von Patienten mit Herzschwäche geklebt, mit welchem die Muskeln dann trainiert werden können. Damit kann man auch Patienten auf Intensivstationen, die beispielsweise im künstlichen Tiefschlaf gehalten werden, trainieren.

Das Personal – ein Erfolgsgarant für den KAV

Der Stand an MitarbeiterInnen im KAV ist mit 31.900 gegenüber dem Vorjahr gleich geblieben. Deutlich gestiegen ist die Anzahl der teilbeschäftigten MitarbeiterInnen (+8,1 %) bei leicht sinkendem Stand an vollbeschäftigten MitarbeiterInnen (-0,91 %), was einem langjährigen Trend entspricht und auch den Wünschen der MitarbeiterInnen nach flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeiten entspricht.

Schulung und Ausbildung der MitarbeiterInnen sind ein essentieller Bestandteil der Personalarbeit im

KAV. So wurden insgesamt 1.722 MitarbeiterInnen (davon 1.191 Frauen und 531 Männer) von der Generaldirektion zu Schulungen eingeladen und haben daran teilgenommen. Zusätzlich wurden 370 Zivildiener des KAV und des Magistrats in den Themen Erste Hilfe und Brandschutz unterwiesen.

Im Rahmen von Karriereplanungsaktivitäten und der Auswahl von Führungskräften sind 2001 10 Förder-Assessment-Center-Verfahren mit insgesamt 60 TeilnehmerInnen (38 Frauen, 22 Männer) durchgeführt worden. Weiters wurden konkrete Aktivitäten für KarenzurlauberInnen und WiedereinsteigerInnen der Berufsgruppen Verwaltung, Technik und EDV gesetzt. Im Berichtsjahr wurde die Personalplanungsmethode PPR Wien für allgemeine Pflegestationen evaluiert. Gleichzeitig wurde die Personalplanungsmethode für den Pflegeheimbereich – Wiener Modell – evaluiert und an die PPR Wien angepasst. Ab 2002 wird daher für den Pflegeheimbereich die PPR Geriatrie-Langzeitpflege statt des Wiener Modells als Personalplanungsmethode für den Pflegeheimbereich verwendet.

Im KAV wird der Ausbildung im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege ein hoher Stellenwert beigemessen. Es werden insgesamt 2.100 Ausbildungsplätze im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege angeboten. An den zehn Schulen für Allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege wurden im Jahr 2001 insgesamt 592 BewerberInnen aufgenommen. Durch den im Jahr 1998 erstmals eingeführten gestaffelten Schulbeginn gab es im Jahr 2001 rund die Hälfte weniger AbsolventInnen als in den Vorjahren: 279 Personen haben die Ausbildung zur/zum diplomierten Gesundheits- und Krankenschwester/-pfleger erfolgreich absolviert. Im KAV ist eine Schule ausschließlich für die Ausbildung in der Kinder- und Jugendlichenpflege zuständig. Im Jahr 2001 wurden 37 Personen aufgenommen, die Absolventenzahl betrug 26. Weiters wurden in den zwei Schulen für Psychiatrische Gesundheits- und Krankenpflege 43 Personen aufgenommen, die Absolventenzahl betrug 31. Neben der Ausbildung im gehobenen Dienst wird vom KAV die Ausbildung zur Hebamme an der Hebammenakademie durchgeführt. Im Jahr 2001 haben 21 Frauen die Ausbildung absolviert, im Oktober 2001 hat ein neuer Lehrgang mit 24 Studierenden begonnen. Zusätzlich wird ein Pflegehelferlehrgang durchgeführt, an 69 PflegehelferInnen konnte im Jahr 2001 das Zeugnis über eine erfolgreich absolvierte Ausbildung übergeben werden.

Die Stadt Wien ist der größte Ausbilder Österreichs im Bereich der gehobenen medizinisch-technischen Dienste und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur beruflichen Weiterbildung für Maturanten. Das Interesse an den 3-jährigen Ausbildungen der medizinisch-technischen Dienste ist außerordentlich groß. Im Jahr 2001 gab es 2.354 Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz an den 10 Akademien des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Jährlich stehen 308 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Besonders großer Andrang besteht traditionell in den Sparten Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie.

Auf Wunsch der amtsführenden Stadträtin Prim. Dr. Pittermann wurde im März 2001 eine KAV-weite

MitarbeiterInnenbefragung durchgeführt. Ziel war es, einen Überblick über die Zufriedenheit und die Probleme der MitarbeiterInnen in wichtigen Bereichen ihres Berufslebens zu bekommen. Bei einem Rücklauf von rund 12.000 Fragebögen wurde eine Beteiligungsquote von 38 % erzielt. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die generelle Arbeitszufriedenheit mit einem Gesamtnotendurchschnitt von 1,95 auf der 5-teiligen Bewertungsskala über alle Organisationseinheiten des KAV hinweg relativ gleichmäßig gut bewertet wurde. Bemerkenswert ist, dass die generelle Arbeitszufriedenheit mit der Dauer der Beschäftigung im KAV ansteigt. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass weibliche MitarbeiterInnen und VollzeitmitarbeiterInnen mit ihrer Arbeitssituation zufriedener sind als Männer und Teilzeitkräfte. Die Detailergebnisse werden im Rahmen einer Veranstaltungsserie im Frühjahr 2002 den MitarbeiterInnen der Dienststellen des KAV präsentiert.

Strukturverbesserungen

Am 15. März 2001 wurde mit der Eröffnung des Geriatriezentrums Floridsdorf ein wesentliches Strukturverbesserungsprojekt abgeschlossen. Im Geriatriezentrum Floridsdorf können 120 PatientInnen im Langzeitpflegebereich und 24 PatientInnen auf einer Akutgeriatrischen Station betreut werden. Wesentliche Vorteile bringt die bauliche Verbindung des Krankenhausgebäudes mit dem neu geschaffenen Geriatriezentrum. Somit können sowohl in medizinischer Hinsicht, als auch in wirtschaftlichen Belangen alle Synergieeffekte voll genutzt werden. Die Zubereitung der Speisen erfolgt für das Krankenhaus und das Geriatriezentrum durch eine zentrale Großküche. Beide Einrichtungen haben ein gemeinsames hauseigenes Apothekendepot, das alle Stationen mit Medikamenten beliefert. Der Transport von Wäsche,

Medikamenten, Speisen usw. ist durch die organisatorische und räumliche Verbindung erleichtert. Auch in medizinischen Notfällen ist aufgrund der Nähe zum Krankenhaus die Akutversorgung der PflegeheimpatientInnen binnen kürzester Zeit gegeben.

Auch im Süden Wiens entsteht eine neue Pflegeeinrichtung – das Geriatriezentrum Favoriten – wo ähnlich wie im vorher beschriebenen Norden Wiens Synergien zwischen dem Akutspitalsbereich, dem Geriatriebereich und dem Pflegebereich genutzt werden sollen. Das Projekt wurde mit Gesamtkosten von EUR 36,18 Mio. am 24. Juni 1998 genehmigt. Der Rohbau wurde planmäßig im Februar 2001 fertig gestellt.

In absehbarer Zukunft wird auch im Kaiserin-Elisabeth-Spital eine neue Einrichtung in Betrieb gehen können. Am 19. März 2001 konnte der Spatenstich für das neue OP-Gebäude gefeiert werden. Geplant sind bei einem Gesamtinvestitionsvolumen von EUR 11,92 Mio. 3 Operationssäle, ein Aufwachbereich mit 4 Betten, eine Zentralsterilisation sowie Technik- und Entsorgungsräume und eine eigene Zufahrt für Krankentransporte.

Moderne Gesundheitseinrichtungen sind von technisch effizienten Lösungen abhängig. Der KAV hat 2001 eine Reihe von Maßnahmen gesetzt, um auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen dem technischen Fortschritt Rechnung zu tragen und die Substanz der Einrichtungen zu verbessern. Dies erforderte auch 2001 die konsequente Umsetzung des Technikstrukturkonzepts im Wiener Krankenanstaltenverbund und den Mut und Willen zur Strukturveränderung. Der KAV hat das Jahr 2001 genutzt, um die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft als Unternehmung der Stadt Wien zu nutzen.